



Antragsteller:

Think Tank

Adressat:

KV, Rat der Stadt Köln

angenommen

abgelehnt

nicht befasst

verwiesen an:

Forderung der JU Köln zum Digitaler Behördengang und der aktiven Gestaltung der Digitalisierung

1 *Der Kreisvorstand möge beschließen:*

2 Die Junge Union Köln fordert die Stadt Köln auf, soweit die rechtliche Möglichkeit besteht, die
3 Fernabwicklung von Behördengängen einzurichten. Für alle Behördengänge, die nicht zwingend in
4 Präsenz vor einem Sachbearbeiter der Stadt abzuwickeln sind, ist die Möglichkeit zu schaffen, diese
5 online durchzuführen. In einem ersten Schritt sind alle Behördengänge aufzulisten und diese nach
6 derMöglichkeit einer Fernabwicklung zu prüfen. Anschließend soll ein Videotelefonie-Dienst
7 eingerichtet werden, welcher eine qualifizierte Authentifizierung ermöglicht. Ferner soll der
8 physische Behördengang um den Online-Behördengang ergänzt werden.

9

10 **Begründung**

11 Nicht erst die Pandemie hat gezeigt, dass die Digitalisierung nur schleppend vorankommt. Wir
12 müssen in allen Bereichen ansetzen und die Digitalisierung vorantreiben. Es handelt sich nicht um
13 einen vorübergehenden Trend, welcher ausgesessen werden kann. Die Digitalisierung ist ein
14 globaler Fortschritt, welcher aufgegriffen und in allen Bereichen umgesetzt werden muss. Durch die
15 ortsunabhängige Möglichkeit auf Dienste der Stadt zuzugreifen werden Wartezeiten vermieden,
16 Leistung und Effektivität gefördert, sowie Ressourcen geschont. Der Fortschritt in der Digitalisierung
17 hat dazu geführt, dass die Sicherheit bei Fernabwicklungen gewährleistet ist. Das Eröffnen eines
18 Bankkontos, die Abgabe der Steuererklärung, oder das ärztliche Gespräch per Videotelefonie sind
19 nur einige Bereiche wo deutlich wird, dass auch sensible Transaktionen über das Internet sicher
20 möglich sind. Natürlich muss die persönliche Vorsprache weiterhin möglich bleiben, diese kann
21 jedoch nach Bedarf angepasst und reduziert werden. Als Zwischenschritte festgesetzt wird zum
22 einen die Schulung von Sacharbeitern und die Einrichtung eines Videotelefonie-Dienstes. Weiterhin
23 soll die Prüfung der Behördengänge auf Fernabwicklung und Umsetzung über das Internet mit
24 qualifizierter Authentifizierung erfolgen.